

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 28. November 2013

Bilanz ehrbarer Staaten?

Schulden der größten EU-Staaten wachsen, Griechenland und Spanien verbessert

Zeit gekauft – Zeit verschwendet: Staatsschulden wachsen in den meisten EU-Ländern weiter an, eine durchgreifende Trendwende ist nicht in Sicht. Deutschland gibt ein schlechtes Beispiel, schon ohne die großen Ausgaben der Großen Koalition. Das baldige Eurozonen-Mitglied Lettland überzeugt als neuer Spitzenreiter. Italien fällt zurück, Frankreich weiter ab.

EU27-Schuldenranking 2013

Basisjahr 2012

in Prozent des BIP		Explizite Schuld	+	Implizite Schuld	=	Nachhaltigkeitslücke*)	Veränderung gegenüber 2012
1	Lettland	41		18		59	
2	Italien	127		-53		73	
3	Estland	10		83		92	
4	Deutschland	81		73		154	
5	Ungarn	80		86		166	
6	Bulgarien	19		223		241	
7	Schweden	38		209		247	
8	Polen	56		197		253	
9	Österreich	74		184		258	
10	Portugal	124		159		283	
11	Rumänien	38		265		303	
12	Dänemark	45		260		305	
13	Litauen	40		286		327	
14	Tschechien	46		351		397	
15	Malta	71		337		408	
16	Frankreich	90		359		449	
17	Slowakei	52		402		455	
18	Finnland	54		420		473	
19	Niederlande	71		503		574	
20	Slowenien	54		555		609	
21	Griechenland	157		475		632	
22	Vereinigtes Königreich	89		552		640	
23	Belgien	100		545		644	
24	Spanien	86		586		672	
25	Zypern	87		792		879	
26	Luxemburg	22		1162		1184	
27	Irland	117		1150		1268	

Veränderung gegenüber 2012

- Schuldenanstieg
- etwa gleichbleibend
- Schuldenabbau

*) Die Nachhaltigkeitslücke bildet die Summe aus offiziellen/expliciten und unsichtbaren/impliziten Schulden.

Quelle: Europäische Kommission, eigene Berechnungen.

Das aktualisierte europäische Nachhaltigkeitsranking der Stiftung Marktwirtschaft für 2013 zeigt ernüchternde Ergebnisse im Hinblick auf die Entwicklung der Staatsverschuldung in Europa. Erste Erkenntnis: **Zeit gekauft – Zeit verschwendet**. Die riskanten und teils stark umstrittenen Rettungsmaßnahmen der Europäischen Zentralbank (EZB) für Euro und Eurozone haben in den größten EU-Staaten **nicht zu einer Trendwende bei der Staatsverschuldung** geführt: In Deutschland, Frankreich und im Vereinigten Königreich sind die Schulden – ehrlich gerechnet – weiter angestiegen und eine Besserung kaum in Sicht. Das „**Trio Infernale**“ geht mit **schlechtem Beispiel voran: Im Nicht-Eurozonen-Mitglied Vereinigtes Königreich und in Frankreich passiert nichts bis wenig, in Deutschland das Falsche**: „Angesichts eines strukturellen Konsolidierungsbedarfs in Höhe von aktuell 37 Milliarden Euro (1,4 Prozent des BIP) bis 2020, um die 60%-Schuldengrenze bis zum Jahr 2030 wieder zu erreichen, sind trotz relativ günstigerer Position auch hierzulande keine fiskalischen Handlungsspielräume vorhanden“, mahnt Prof. Dr. Bernd

Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft, mit Blick auf die entstehende Große Koalition. Der ausgehandelte Koalitionsvertrag mit allen vorgesehenen und vornehmlich konsumtiven Ausgaben sei ein Anachronismus: „Deutschland predigt in Europa das Sparen, verteilt selbst aber Wohltaten, als gäbe es kein Morgen.“

Zweite Erkenntnis: **Nur unter massivem Druck gelingen Verbesserungen.** Viel zu wenige Staaten konnten die Summe der offenen und versteckten Schulden verringern, so Spanien und Griechenland. **Mehr Staaten dagegen, insbesondere aus dem vorderen Drittel des Rankings, haben nachgelassen** und weisen 2013 eine noch größere Nachhaltigkeitslücke auf als vor einem Jahr – darunter Deutschland.

Als neuer Spitzenreiter und darum besonders willkommenes Neumitglied der Eurozone ab 1. Januar 2014 ist Lettland zu nennen. Das 2011 und 2012 führende Italien fällt auf den zweiten Platz zurück und ebenso wie Deutschland, Frankreich und Vereinigtes Königreich durch Reformstillstand auf, dazu kommt der Abbau von impliziten Reserven. Griechenland macht zwar beträchtliche Fortschritte, seine Lage bleibt aber weiterhin schwierig. Die Schlusslichter des Nachhaltigkeitsrankings bleiben Irland und Luxemburg.

Deutschland kommt in diesem Vergleich auf Platz 4. Er basiert auf einer **ehrlichen Berechnung der Schuldenlast, da auch absehbare zukünftige Defizite der öffentlichen Haushalte (implizite Schulden) bzw. nach geltender Gesetzeslage zwingende Ausgaben mitberücksichtigt werden**, denen keine Reserven gegenüberstehen (z.B. Beamtenpensionen). Die deutsche Gesamtschuldenlast (*Nachhaltigkeitslücke*) – bestehend aus den bekannten expliziten und den gern versteckten impliziten Schulden – hat im Vergleich zum Vorjahr (Basisjahr 2011) jedoch zugenommen und liegt mit etwa 4,1 Billionen Euro tatsächlichen Schulden (Basisjahr 2012) weiterhin deutlich oberhalb der offiziell ausgewiesenen Staatsverschuldung in Höhe von knapp 2,2 Billionen Euro. In der Mehrzahl der EU-Mitgliedstaaten sieht es noch deutlich dramatischer aus: Das EU-Nachhaltigkeitsranking 2013 zeigt, dass in großen Teilen der EU die tatsächlichen Schuldenlasten die jeweilige nationale Wirtschaftsleistung weiterhin um ein Vielfaches übertreffen.

Dies ist einerseits **der demografischen Entwicklung geschuldet**, welche in allen EU-Mitgliedstaaten in den kommenden Jahrzehnten **zu stark steigenden Ausgaben für Rente, Gesundheit und Pflege** führen wird. Andererseits zeigt ein Blick auf die gegenwärtige fiskalische Situation, dass sich die öffentlichen Haushalte in vielen EU-Staaten – trotz Konsolidierungsbemühungen – nach wie vor in einer kritischen Schieflage befinden. Nach aktuellem Stand **weist die Mehrzahl der EU-Staaten ein Primärdefizit (Haushaltsdefizit ohne Zinsausgaben) auf. Ein weiterer Schuldenanstieg ist daher – selbst bei Vernachlässigung der demografischen Lasten – ohne weitere Konsolidierungsanstrengungen unvermeidlich.**

Die jüngsten positiven Wachstumsprognosen für die europäische Wirtschaft sind ein Hoffnungsschimmer am Horizont. Mehr als eine kurzfristige Stabilisierung der Lage der öffentlichen Finanzen ist hiervon allerdings nicht zu erwarten. Simulationsrechnungen zeigen, dass für einen Abbau der Staatsschulden mittelfristig weitere Einsparungen notwendig sind.

Um die Staatsschulden bis zum Jahr 2030 auf die im Stabilitäts- und Wachstumspakt definierte Obergrenze von 60 Prozent des BIP zurückzuführen, **müssten die öffentlichen Ausgaben in der EU bis zum Jahr 2020 im Durchschnitt um weitere 5 Prozentpunkte des BIP reduziert werden.** Besonders hohe Einsparungen sind hierzu in Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Zypern notwendig. Aber auch in Belgien, Frankreich, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich liegt der Konsolidierungsbedarf oberhalb des EU-Durchschnitts.

Ansprechpartnerin

Dr. Susanna Hübner

huebner@stiftung-marktwirtschaft.de

Telefon 030 – 20 60 57 33

Fax 030 – 20 60 57 57

Mehr Informationen zum Thema und zur Methodik: www.ehrbarer-staat.de